

Kommunalisierung des deutschen Föderalismus?

Zuwendungsrecht als „neuer“ finanzföderaler Transferkanal zwischen Bund und Kommunen?

Autoren-Workshop Jahrbuch für öffentliche Finanzen

am 20.09.2019 in Leipzig

Dr. Henrik Scheller
Deutsches Institut für Urbanistik

Entwicklungsrichtung Föderalismus

Vertikalisierung/
Zentralisierung

Föderalisierung/
Reföderalisierung

Kommunalisierung?

Finanzmaßnahmen zugunsten der Kommunen

- Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
- Digitalpakt
- Kita-Ausbau/Ganztagsbetreuung
- Gute-Kita-Gesetz
- Gemeindesteuerkraftzuweisungen
- Altschulden-Lösung?

Bundeshaushaltsordnung (BHO)

§ 23 Zuwendungen

„Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Leistungen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke (Zuwendungen) dürfen nur veranschlagt werden, wenn der Bund an der Erfüllung durch solche Stellen ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann“.

Zuwendungsprogramme Bildung/Kita

Programm	Laufzeit	Volumen
Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher	2019 bis 2022	300 Mio. Euro
Bundesprogramme „Frühe Chancen“		1,1 Mrd. Euro
Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“	2016 und 2020	
Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist“	2016 bis 2018	100 Mio. Euro
Bundesprogramm „ProKindertagespflege: Wo Bildung für die Kleinsten beginnt“	2019 bis 2021	22,5 Mio. Euro
„Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“	2017 bis 2020	22,5 Mio. Euro
Programm "JUGEND STÄRKEN im Quartier"	2019 bis 2022	101,2 Mio. Euro
„Erfolg mit MINT – Neue Chancen für Frauen“	2017 bis 2020	12 Mio. Euro
"Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement"		
Förderprogramm "Lernen vor Ort"	2009 bis 2014	
„Bildung integriert“		30 Mio. Euro

Zuwendungsprogramme Klimaschutz

Programm	Laufzeit	Volumen
Nationale Klimaschutzinitiative (NKI)	2008 bis 2018	5,5 Mrd. Euro
Nationale Klimaschutzinitiative (NKI)	2019 bis 2024	
Programm "Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels"		
Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme	2018 bis 2020	800 Mio. Euro
Sofortprogramm Saubere Luft	2017-2020	2 Mrd. Euro
Förderung der Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr	2019-2022	300 Mio. Euro
Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“		200 Mio. Euro
Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	2017 bis 2020	300 Mio. Euro
Förderung der Nachrüstung schwerer Kommunalfahrzeuge	2017 bis 2020	300 Mio. Euro
Förderung der Nachrüstung leichter und schwerer Handwerker- und Lieferfahrzeuge	2017 bis 2020	300 Mio. Euro

Bewertung

- verfassungsdogmatisch/föderalismustheoretisch:
 - Durchbrechung des Zweistufigkeits-Ansatzes
 - Konnexitätsprinzips
 - Aufweichung des „Investitionsbegriffs“
 - Personalförderung
- Finanz- und haushaltspolitisch:
 - Vielzahl der Angebote stößt an Grenzen der Administrierbarkeit
 - Gefahr der Mehrfachförderung aufgrund erschwerter Abgrenzbarkeit der Programme
 - Parlamentarische Kontrolle? Transparenz
 - Nachhaltigkeit zeitlich befristeter Projektfinanzierung? Druck auf Länder und Kommunen zur Anschlussfinanzierung
- gesellschaftspolitisch:
 - Erprobung von „Innovationen“ im „Reallabor“
 - Zeichen von politischer Handlungsfähigkeit in Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen
 - Förderung der Vorreiter?

Ausblick

- Zunahme der Förderprogramme in originären Kompetenzfeldern der Kommunen, solange
 - nicht langfristig und strukturell angelegte Entlastungsmaßnahmen ergriffen werden (Deckungsquotenverfahren, Modifizierung der Zweistufigkeit)
 - Akteure wie BRH im Verbund mit dem parlamentarischen Haushaltsgesetzgeber ihre Anforderungen hinsichtlich Kontrolle und „Zusätzlichkeit“ der Verwendung von Finanzhilfen nach Art. 104b und c GG durch Länder und Kommunen immer weiter verschärfen
- Grenzen des Programmwachstums?
- Wahrnehmung der Kommunen als Innovationslabore?
- Kommunalisierung?

Problemstellung

- Vertikalisierung oder Zentralisierung im Bundesstaat?
- Föderalisierung?
 - Stärkung der Länder angesichts
 - langanhaltender positiver wirtschaftlicher und haushalterischer Entwicklung
 - Entlastungswirkungen für die Länder durch Bundesprogramme
 - Kraft/politischer Wille der Länder zur Rückerlangung von Gestaltungskompetenzen
- These: Kommunalisierung